

K9n: UWG schaltet Verkehrsminister ein

Meerbusch. Die Grünen haben's vorgemacht. Aus Protest gegen die beabsichtigte Renovierung der Düsseldorfer- und Budericher Straße in Buderich riefen der Fraktion nahe stehende Bürger den Bundesrechnungshof an.

Ergebnis: Die Sanierung wurde zunächst gekippt, später in eine für die Stadt teurere Variante als Landstraße 137 doch noch realisiert.

Jetzt stimmen die Grünen für die umstrittene Kreisstraße 9 neu (K9n) von Strümp nach Boverth durch das so genannte Vogelparadies und die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) versucht alles, um den Bau der acht Millionen Euro teuren und 2000 Meter langen Straße zu verhindern.

In einem Brief an den Landesverkehrsminister Harry Voigtsberger schreibt der Fraktionsvorsitzende Christian Staudinger-Napp: "Die UWG Meerbusch würde sich sehr freuen, wenn Sie Herr Voigtsberger, als zuständiger Verkehrsminister NRW überparteilich, neutral und unabhängig eine entsprechende Prüfung veranlassen könnten, um zu gewährleisten, dass hier einerseits nicht unnötig Steuergelder ausgegeben und andererseits natürlich die Bürger und Bürgerinnen in Meerbusch vor Verkehrslärm und Umweltverschmutzung in nicht unerheblichen Maße geschützt werden."

Erschienen in der RP am 19.10.2011

Das Straßennetz in Meerbusch sei bereits einmalig gut, und die unerwünschten Nebenwirkungen der als Erschließung für das neue Gewerbegebiete Bundenrott in Strümp dienenden Straße erheblich. Neben "Umweltzerstörung und zusätzlicher Gefahr für Schulkinder" ziehe eine K9n auch zusätzlichen Verkehr an, biete nicht zuletzt eine – verbotene aber vorhandene – Zuwegung zum Krefelder Hafen. Dabei seien die Anwohner bereits erheblichen Lärm- und Schadstoffemissionen durch die Bundesautobahn 57 und die Bahntrasse ausgesetzt.

"Ich denke, dass es im Sinne der Steuerzahler ist, nicht dringend benötigten Straßenbau in Nordrhein-Westfalen zu unterbinden", erklärt Staudinger - Napp.